

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

43. Jahrgang / 84

3. Mai 1988

Michael Müller MdB zur Gefahr globaler Umweltkrisen: Ozonloch und Treibhauseffekt. (Teil I)

Seite 1

Klaus Hänsch MdEP zu den Grundlagen der Beziehungen zwischen EG und UdSSR: Gedanken vor einer Reise in die Sowjetunion.

Seite 4

Freimut Duve MdB zum 50. Todestag von Carl von Ossietzky: Ein mutiger Vorvater unserer Demokratie.

Seite 5

Ozonloch und Treibhauseffekt (Teil I)

Zur Gefahr globaler Umweltkrisen

Von Michael Müller MdB
SPD-Obmann in der Bundestags-Enquete-Kommission
Schutz der Erdatmosphäre
Geschäftsführender Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion

Die ständige Ausbreitung des Ozonlochs und die Tendenzen einer weltweiten Klimaveränderung konfrontieren die Menschheit mit der Gefahr neuartiger globaler Umweltkrisen. Die Auswirkungen, so lassen Prognosen und Modellrechnungen befürchten, sind derartig gewaltig, daß sie mit der heutigen umweltpolitischen Praxis punktueller Korrekturen der technisch-ökonomischen Entwicklung und im politischen Handlungssystem nicht zu vermeiden sind. Die möglichen Umweltschäden haben eine bisher unbekannte zeitliche und räumliche Dimension, die auch das „Wald- und Baumsterben“ weit übertrifft. Es besteht nicht zuletzt wegen der zeitlichen Verzögerung zwischen Ursachen und Schadenswirkungen sowie wegen der langfristigen Abbaufrieten der klimawirksamen Spurengase die Gefahr irreversibler Schäden.

Die sich verdichtenden Modellrechnungen über künftige Klimaveränderungen lesen sich wie fast unglaubliche Horrorvisionen, ihnen liegen aber handfeste Fakten und Annahmen zugrunde. Es mehren sich die Stimmen, die die Herausforderungen zum Schutz der Erdatmosphäre auf dieselbe Stufe stellen wie die Bewahrung des Friedens im Atomzeitalter.

Die Zerstörung der Erdatmosphäre

Im Zentrum der globalen Umweltgefährdungen stehen

- o die Auswirkungen der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) auf die Erdatmosphäre, insbesondere das „Ozonloch“ im südpolaren Frühling;

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreislauf-Unterstützung
wie recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



- o die weltweite Klimaveränderung durch die Freisetzung klimawirksamer Spurengase („Treibhaus-effekt“).

Der zweite Aspekt wird in der Bundesrepublik erst in Ansätzen diskutiert, er hat aber eine noch größere Bedeutung als die Diskussion über das Ozonloch.

Der Beginn der Diskussion über den Schutz der Erdatmosphäre geht auf das Jahr 1971 zurück, als viele Forscher erstmals befürchteten, daß Wasserdampf- und Stickoxid-Emissionen der Überschallflugzeuge in großen Höhen die Erdatmosphäre schädigen, weil dadurch das Ozon angegriffen würde. Ähnliche Befürchtungen wurden auch aus dem anstehenden Verbrauch stickstoffreichen Düngers gezogen.

Eine neue Qualität bekam die einschlägige Debatte mit den Forschungsarbeiten von Professor S. Rowland von der Universität Kalifornien, der 1974 erstmals auf die Schädigungen durch den wachsenden Einsatz der FCKW hinwies und sozusagen zum Entdecker des Ozonlochs wurde.

Seit einigen Jahren alarmiert auch die Klimaforschung die Öffentlichkeit mit Hinweisen auf drohende globale Klimaveränderungen, für die vor allem die Konzentration von Kohlendioxid (CO₂) und anderer Treibhausgase sowie weitere anthropogene Einflüsse verantwortlich gemacht werden. „Klima“ sind dabei alle Eigenschaften des Wetters sowie der mit der Atmosphäre in Wechselwirkung stehenden Systeme Ozean, Eisphäre und Biosphäre. Das Klima ist in dieser Definition keine statische Größe, sondern ist einem Prozeß vieler, zeitlich sich verändernder Bedingungen unterworfen.

Das Ozonloch

FCKW bewirken den katalytischen Abbau von Ozon besonders in Höhen über 40 km. Im Ergebnis läßt sich über der Südhalbkugel der Erde eine Verringerung der vorhandenen Ozonmengen nachweisen, deren Folgen unten beschrieben werden. Auf der Nordhalbkugel wird der Abbau in höheren Schichten durch eine zusätzliche Ozonbildung in bodennahen Luftschichten infolge Luftverschmutzung (vor allem Stickoxide und Kohlenwasserstoffe) zur Zeit weitgehend kompensiert. Dieses bodennahe Ozon ist gesundheitsgefährdend und eine der Hauptursachen des Waldsterbens. Die als Ergebnis von Abbauprozessen „oben“ und Neubildung „unten“ resultierende Verlagerung der Ozonschicht ist somit nicht umweltneutral; bisher nicht kalkulierbare Risiken gehen von der Tatsache aus, daß Ozon eines der wichtigen natürlichen Treibhausgase ist und seine „Verlagerung“ zu einer Störung der die Wetterentwicklung bestimmenden globalen Luftzirkulation führen kann. Von 1974 bis 1984 ergaben die Messungen im polaren Frühling der Antarktis eine Abnahme der Ozonsäule um mehr als 40 Prozent, seitdem hat sich die Abnahme weiter verstärkt - weit über bisher bekannte Klimazyklen hinaus. 1987 war das Ozonloch im sogenannten Polarwirbel größer als je zuvor und erstreckte sich bis zum 50ten Breitengrad Süd. Zudem sind nunmehr auch deutliche Verdünnungen der Ozonschicht über dem Nordpol festgestellt.

Die heute sicher nachgewiesene und künftig verstärkt zu befürchtende Erosion dieser Schicht ist sehr bedenklich. Obwohl Ozon nur weniger als ein Millionstel der Atmosphäre ausmacht, absorbiert es den größten Teil der ultravioletten Sonneneinstrahlung, bevor sie die Erdoberfläche erreicht. Die Energie der Strahlung reicht aus, um wichtige biologische Moleküle aufzubrechen (zum Beispiel die Erbinhaltungsstruktur DNS). Die Auswirkungen wären Hautkrebs, Immunschwächen und „grauer Star“, aber auch Minderung der Ernteerträge und Schädigungen des ozeanischen Ökosystems.

FCKW werden in der Bundesrepublik in vielen Bereichen eingesetzt (Spraytreibgase, Kühlmittel, zur Verschäumung und als Lösemittel). Die Industrie gibt keine konkreten Angaben über ihre Produktionsmengen heraus, auch die Bundesregierung stochert mit ihren Angaben offenkundig im Nebel (Das BMU nannte im Mai 1987 80. bis 80.000 t, Töpfer im Januar 1988 64.000 t und im April 1988 rund 100.000 t). Das Öko-Institut Freiburg kommt in eigenen Schätzungen auf eine Gesamtmenge von 125. bis 145.000 t. Es gibt in der Bundesrepublik neun Anbieter, davon zwei nationale (Hoechst und Kali).

Die heute feststellbaren Ozonschädigungen wurden durch die FCKW-Freisetzungen von vor rund zehn Jahren verursacht, die Auswirkungen des seitdem weiter gestiegenen Einsatzes werden erst in dem entsprechenden Zeitraum künftig sichtbar. Die Abbaufrieten für diese Spurengase sind auf rund 60 bis 100 Jahre anzusetzen.

In Montreal hat sich die Bundesregierung im letzten Jahr verpflichtet, den FCKW-Einsatz um 50 Prozent zu verringern. Das Abkommen tritt in Kraft, wenn es von 12 Staaten ratifiziert ist. Der Bundestag soll das Abkommen beschließen, ohne daß entsprechende Zahlenangaben über die Produktions- und Einsatzmenge vorliegen. Es besteht damit keine hinreichende Kontrollmöglichkeit. Die Industrie gibt ihre Angaben einem „Vertrauensbüro“ in London, die Zahlen werden nur in aggregierter Form für die EG bekannt gegeben.

Das Abkommen ist in der Größenordnung und der Umsetzung völlig unzureichend. Um zu einer Verringerung des Chlorgehalts der Atmosphäre auf den Stand der 50er Jahre zu kommen, ist eine 90 bis 95 Prozent Reduzierung von FCKW notwendig.

Andererseits ist die Bundesregierung, die das Protokoll von Montreal als Durchbruch und Erfolg bezeichnet, zu einem nationalen Alleingang nicht bereit.

FCKW tragen auch erheblich zum (doppelten) Treibhauseffekt bei. Inzwischen steht fest, daß ein FCKW-Molekül großenteils die Wirkung Tausender von CO₂-Molekülen hat.

Der „Treibhauseffekt“

Der Gehalt der Luft an Kohlendioxid (CO₂) und an weiteren klimawirksamen Spurengasen wie Methan (CH₄), Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), Distickstoffoxid (N₂O) und Ozon (O₃) (dieses nur in der unteren Atmosphäre) steigt weltweit bedrohlich an.

Verursacht wird der Anstieg

- bei Kohlendioxid zum Großteil durch Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas, zum kleineren Teil durch Waldrodungen, Bodenerosion und Entwässerung von Feuchtgebieten,
- bei Methan durch die Intensivierung von Reisbau und Viehzucht,
- bei Fluorchlorkohlenwasserstoffen durch den ansteigenden Einsatz in Kühl- und Klimaanlage, bei der Verwendung von Spraydosen und durch Kunststoffverschäumung,
- bei Distickstoffoxid durch die mikrobielle Zersetzung von Kunstdünger und durch die Verbrennung von organischen Substanzen,
- an Ozon in der unteren Atmosphäre (Troposphäre) durch ein Zusammenwirken von Sonnenlicht mit Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen.

Damit besteht der begründete Verdacht, daß in den nächsten 100 Jahren die mittlere Temperatur an der Erdoberfläche bedrohlich ansteigt:

- o durch Kohlendioxid um 1,5 bis 4,5 Grad C,
- o durch andere Spurengase um weitere 1,5 bis 4,5 Grad C.

Insgesamt ist somit ein Anstieg zwischen drei und neun Grad C zu befürchten. Dabei ist vorausgesetzt, daß die Verzögerung des Anstiegs durch die Wärmekapazität der Ozeane, die rund 50 bis 60 Prozent des freigesetzten Kohlendioxids speichern, weiter bestehen bleibt. (-/3.5.1988/rs/ks)

* * *

(Teil II und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

Grundlagen der Beziehungen zwischen EG und UdSSR

Gedanken vor einer Reise in die Sowjetunion

Von Klaus Hänsch MdEP

Als Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zur Sowjetunion werde ich mich in dieser Woche in mehreren Städten der UdSSR aufhalten. Geplant sind Gespräche mit Außenminister Edward Schewardnadse, dem früheren Botschafter Moskaus in den USA, Anatoly Dobrynin, sowie dem Leiter des Europainstituts der Akademie der Wissenschaften Schenajew. Vom 10. Mai an gehöre ich zur Delegation des SPD-Partei- und Bundestagsfraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel.

Aus diesem Grund möchte ich kurz skizzieren, auf welchen Grundlagen sich aus meiner Sicht die künftigen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zur Sowjetunion vollziehen werden: Wesentliches Element muß die Überzeugung sein, daß Ost und West im nuklearen Zeitalter eine gemeinsame Verantwortung für die Verhinderung von Kriegen oder Unfällen in Atomkraftwerken tragen. Der Frieden in Europa beruht weiter darauf, daß alle Völker auch mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen in Sicherheit leben können.

Unsere gemeinsame Sicherheit beruht nicht nur auf einem Gleichgewicht der militärischen Kräfte zwischen den Staaten und Bündnissen, sondern auch auf der Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse im Inneren der Staaten. Dabei ist wichtig, daß Stabilität dort nicht gegeben ist, wo die Freiheit im Inneren unterdrückt und das Gleichgewicht zwischen den Staaten ständig neu herbeigerüstet wird. Und deshalb muß in diesem Zusammenhang an die Verpflichtung erinnert werden, die sowohl die Sowjetunion als auch die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten in der KSZE-Schlußakte von Helsinki übernommen haben.

Die EP-Beschlüsse „zur politischen Dimension einer europäischen Strategie der Sicherheit“ will ich in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen. Danach muß die europäische Sicherheitspolitik zugleich auf Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft basieren, das heißt:

- einerseits auf der kontrollierten und ausgewogenen Abrüstung mit dem Ziel auf beiden Seiten nur noch eine hinreichend kriegsabschreckende Verteidigung zu erhalten,
- andererseits auf dem Aufbau einer breitgefächerten Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technologie, des Umweltschutzes und der Kultur, um ein Netz wechselseitiger Abhängigkeiten zu schaffen, das Sicherheit durch die Verflechtung gleichgerichteter Interessen abstützt und verlässlich macht.

Bestätigt sehe ich unsere Position in den Erklärungen des 27. Parteltags der KPdSU, angesichts der modernen Technik sei die europäische Sicherheit „unteilbar“ und wachsende Interdependenzen zwischen der Sowjetunion und der Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten seien für beide Seiten von Vorteil; ein ermutigendes Zeichen für eine Verständigungsbereitschaft in den zentralen Fragen des Zusammenlebens der Völker in Europa.

Schließlich ist es notwendig, daß dazu sowohl die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Gemeinschaft ebenso wie mit ihren Mitgliedsstaaten, als auch die Kooperation im Rahmen multilateraler Abkommen und Konventionen sowie alle sonstigen Foren, an denen beide Seiten beteiligt sind, genutzt werden.

(-/3.5.1988/rs/ct)

Ein Vorvater unserer freiheitlichen Demokratie

Vor 50 Jahren starb Carl von Ossietzky

Von Freimut Duve MdB

1933: Beißend und bitter, zitiert Carl von Ossietzky, der Herausgeber der „Weltbühne“, Hans Zehrer, den Intellektuellen der äußeren Rechten. Zehrer hatte sich in der in Berlin erscheinenden „Täglichen Rundschau“ wenig begeistert, ja fast enttäuscht geäußert über Hitlers Machtergreifung. Demals glaubte Hans Zehrer an einen „nationalen Sozialismus“, der dem „Privatkapitalismus ein Ende bereiten“ würde.

Die Rechtsintellektuellen der Weimarer Republik, die Hitler den Sieg mit willfähriger Begeisterung geebnet hatten, haben nie auch nur eine Zeile der Solidarität geschrieben, als die „Weltbühne“ drangsaliert, Ossietzky gequält und gedemütigt wurde.

Leute wie Hans Zehrer wurden nach 1945 zu hoch angesehenen Spitzenkräften des Springer-Konzerns.

Um das Andenken des republikanischen Demokraten Carl von Ossietzky, dem deutschen Friedensnobelpreisträger, mußte die Linke der Bundesrepublik kämpfen. Jahrzehnte hat es gedauert, bis Schulen oder Straßen nach ihm benannt wurden. Peinlich perverse Abwehrschlachten wurden gegen den toten Carl von Ossietzky geschlagen. In den Kommunen traten konservative Parlamentarier und Lokalschreiber an, um Straßen, Plätze und Hochschule vor dem Warnschild „Carl von Ossietzky“ zu schützen.

Er war noch keine 50 Jahre alt, als er am 4. Mai 1938 im Krankbett eines Sanatoriums starb. Der Nobel-Friedenspreis hatte ihn den Schlägern und Peinigern entrissen, in deren Gewahrsam er bis 1938 war. Während Hitler sein Nazi-Deutschland mit der Glanzdekoration der Olympischen Spiele schmückte, holte man von Ossietzky aus dem KZ. In aller Welt hatten sich die Freunde im Exil dafür eingesetzt, ihm den Friedensnobelpreis zu verleihen: Albert Einstein, Thomas und Heinrich Mann, Ernst Toller, Willy Brandt hatten für diese mahnende Auszeichnung des gequälten Freiheitskämpfers geworben. Er war allen Mahnungen zum Trotz, zu Hause geblieben: „Wenn man den versuchten Geist eines Landes wirkungsvoll bekämpfen will, muß man dessen allgemeines Schicksal teilen.“ Verhaftet nach dem Brand des Reichstages, wurde er in das Konzentrationslager Papenburg-Esterwegen im Emsland verschleppt.

Als er im Krankbett des kleinen Sanatoriums im Berliner Nordend starb, hing über seinem Bett der Spruch: „Durch alle Niederlagen und alles Unglück leuchtet doch die Hoffnung wie ein ewiger Leitstern.“

Dieses „Prinzip Hoffnung“ hat Carl von Ossietzky tapfer bis zum Schluß ausharren lassen. Die Geschichte des politischen Journalismus der Deutschen hat wenig Helden wie Carl von Ossietzky. Wenige, die wie er den Freiheitsauftrag des politischen Journalisten ernst genommen haben. Für ihn war eine Medienindustrie, die den Freiheitsartikel der Verfassung zum Investitions- und Umsatzmotor verwandelt hat, undenkbar.

„Mundstück der Gebüttelten und Niedergedrückten dieser freiesten Republik unter der Sonne, die den, der die Wahrheit sagt, in einen Hohlweg drängt, wo rechts der Totschläger, links der Paragraph lauert.“ So hatte er über seinen Freund, den Gründer der „Weltbühne“, Siegfried Jacobsohn, nach dessen Tod geschrieben. So verstand er mutigen, politischen Journalismus: „Wer so dachte, konnte etwas bewegen, der konnte dem schreienden Karneval der Erfolglosigkeiten fern bleiben, den man bei uns öffentliche Meinung nennt, der brauchte nicht hinein in die buntscheckige Parade der Prominenz.“

Die Journalisten der Bundesrepublik haben ihm in den letzten 40 Jahren die Gasse der Freiheit, die er und seinesgleichen ihnen bereitet hatte, wenig gedankt.

Sozialdemokraten haben sich nicht leicht getan mit dem Andenken an die „Weltbühne“ und ihrer Autoren. Allzu oft wurde beißende Kritik an sozialdemokratischen Entscheidungen oder am sozialdemokratischen Milieu verwechselt mit der Haltung zur Weimarer Demokratie. Wie kein anderer hat Carl von Ossietzky das Erbübel Weimars erkannt und gegeißelt: Die Kavaikaden von demokratiefeindlichen, nationalistischen oder kaisertrauen trojanischen Pferden im Herzen der Republik; die Demokratie mit antidemokratischen Beamten und Richtern aufzubauen, das war das Kunststück Weimar. Um diese Grundfrage ging es Ossietzky.

Wem der Artikel 5 des Grundgesetzes ernst ist, der steht in seiner Tradition und in seiner Pflicht: „Das deutsche Volk ist durch den zu Dreivierteln absolutistischen Kaiserismus wirklichem politischen Denken fremd geworden.“ (Neue Schweizer Zeitung vom 21. Mai 1921). Ossietzky warnte, daß dies von den „Deutschnationalen und den Kommunisten, also den Gegner der demokratischen Republik rechts und links“, ausgenutzt werden würde. „Die Mittelparteien sind bedauerlicherweise ohne Schwung und Selbstvertrauen... Deshalb stehen ihr (der Weimarer Republik, d. Verf.) zwanzig bittere Jahre bevor.“ Das schrieb Carl von Ossietzky mit jungem Demokratie-Pathos 1921. Es wurden nur zwölf. Ihn selbst brachte ein politisches Urteil schon 1932 hinter Gitter.

Fünfzig Jahre nach seinem Tod denken wir eines großen mutigen Vorvaters unserer freiheitlichen Demokratie.

(-/3.5.1988/rs/ks)

* * *